

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag

1. November 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 66, Cindenzstraße
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Die Landtagswahlen in Sachsen.

Keine bürgerliche Mehrheit. - Schwierige Regierungsbildung. - Erfolge der Splitterparteien.

Dresden, 1. November (Eigener Drahtbericht). Das vorläufige amtliche Ergebnis der Landtagswahlen vom 31. Oktober ist das folgende:

	31. 10. 1926	7. 12. 1924	Landtagsw. 1922
Alte Sozialdem. Partei	98 026	—	—
Deutschnationale Volkspart.	341 065	546 963	482 469
Deutsche Volkspartei	292 079	409 726	474 708
SPD	758 142	936 206	1 060 247
Kommunisten	342 112	294 458	266 864
Dtsch. Demokrat. Partei	111 351	192 032	214 189
Wirtschaftspartei	237 462	124 193	5 113
Döfl. Soz. Arbeitsgem.	10 382	83 077	11 358
Zentrum	24 059	25 893	22 614
Nat. Soz. Dtsch. Verb. P.	37 736	—	—
Reichsp. f. Volksw. u. Natw.	98 258	18 926	—
Haus- und Grundbesitzer	7 027	—	—

Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 70,3 Prozent.

Die Mandatsverteilung.

Dresden, 1. November. (Eigener Drahtbericht). Der sächsische Landtag besteht aus 96 Abgeordneten. Nach dem amtlichen Feststellungen verteilen sich die Mandate wie folgt:

Alte Sozialdemokratische Partei 4, Deutschnationale 14, Deutsche Volkspartei 12, Sozialdemokraten 31, Kommunisten 14, Demokraten 5, Wirtschaftspartei 10, Nationalsozialisten 2, Aufwertungspartei 4 Mandate.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen sind die folgenden:

1. Es ist den bürgerlichen Parteien nicht gelungen, eine bürgerliche Mehrheit zu erzielen. Sozialdemokraten, Kommunisten und Alte Sozialdemokraten haben zusammen gerechnet eine Mehrheit von rund 40 000 Stimmen. Sie werden also zusammen im Landtag eine Mehrheit von mindestens einer Stimme haben. Diese Mehrheit wird freilich ohne praktische Bedeutung sein. Der Verlust für eine Stahlhelmregierung in Sachsen eine Mehrheit zu schaffen, ist kläglich zusammengebrochen.

2. Die Sozialdemokratie hat gegenüber der Landtagswahl vom Jahre 1922 wie auch gegenüber der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 einen erheblichen Stimmenverlust zu verzeichnen. Zählt man die Stimmen von Sozialdemokraten und Alten Sozialdemokraten zusammen, so ergibt sich gegenüber der Dezemberwahl ein Verlust von rund 80 000 Stimmen.

3. Die Alte Sozialdemokratische Partei, die Partei der Abgesplitterten, der ehemaligen Landtagsfraktionsmehrheit, hat rund 100 000 Stimmen und vier Landtagsmandate erhalten.

4. Die Kommunisten haben einen erheblichen Wahlerfolg zu verzeichnen, sie gewinnen gegenüber der Wahl vom 7. Dezember rund 48 000 Stimmen und werden in den neuen Landtag mit 14 Mandaten gegenüber 10 Mandaten im vorigen Landtag einziehen.

5. Die bürgerlichen Parteien sind vollständig gesplittert. Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Demokraten erleiden gewaltige Stimmen- und Mandatsverluste. Dagegen haben Wirtschaftspartei und Aufwertungspartei einen unerwarteten und bemerkenswerten Erfolg zu verzeichnen. Die Wirtschaftspartei hat rund 240 000 Stimmen erhalten und 10 Mandate, die Aufwertungspartei rund 100 000 Stimmen und 4 Mandate.

6. Eine Regierungsbildung ist nach diesem Wahlergebnis noch schwieriger als im vergangenen Landtag. Es ist noch gar nicht zu sehen, wie bei dieser Zersplitterung und nach diesem Wahlkampf aller gegen alle eine Regierungsbildung möglich sein wird.

Alles in allem ein trübes Ergebnis. Es gilt den Ursachen dieses Wahlergebnisses nachzugehen. Dies Ergebnis steht im Zeichen der wirtschaftlichen Depression. Andauernde Wirtschaftskrise und andauernde Massenarbeitslosigkeit erklären zu einem großen Teil die Entwicklung des Verhältnisses der bürgerlichen Parteien untereinander, wie auch die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten.

Das sächsische Bürgertum hat niemals wahrhaft politisch gedacht. Es war immer beherrscht vom kleinsten Interessenstandpunkt und Kastengeist. Die andauernde Wirtschaftskrise hat diesen engherzigen Egoismus auf die Spitze getrieben. Das sächsische Bürgertum sieht und will keine großen politischen und wirtschaftspolitischen Linien. Es sieht das Wesen der Politik in der engstirnigen Vertretung materieller Gruppeninteressen. So erklärt sich der Rückgang von Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und Demokraten, der Erfolg der Wirtschaftspartei und der Aufwertungspartei.

Sicherlich tritt diese Erscheinung in Sachsen mit besonderer Schärfe hervor, man wird aber nicht umhin können, daraus Schlussfolgerungen für das Reich zu ziehen. In diesem Punkte zeigt das sächsische Wahlergebnis die politische und wirtschaftspolitische Unfruchtbarkeit des deutschen Bürgertums. Man wird auch im Reich an diesem Ergebnis nicht vorbeigehen können.

Die andauernde Massenarbeitslosigkeit hat einen Teil der sächsischen Arbeiterbevölkerung, die von jeher unter Krise und Arbeitslosigkeit am schwersten zu leiden hatte, in einen Zustand der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung getrieben, indem sie die politischen Maßstäbe und das kühle politische Urteil verloren hat. Hier liegt die Ursache des kommunistischen Wahlerfolges. Die Stimmengängen der Kommunisten in Sachsen sind geradezu ein Gradmesser der wirtschaftlichen Situation. Verfolgt man die Entwicklung der sozialdemokratischen Stimmen und der kommunistischen Stimmen vom 4. Mai 1924 über den 7. Dezember 1924 bis zur gestrigen Landtagswahl, so ergibt sich das folgende Bild:

	31. Okt. 26	7. Dez. 24	4. Mai 24
SPD. u. KSP.	856 188	936 373	797 783
		- 80 205	+ 58 385
KPD.	342 112	294 458	373 103
		+ 47 664	- 30 991

Der Vergleich zeigt, daß es den Kommunisten nicht gelungen ist, ihre Stimmengänge vom 4. Mai 1924 wieder zu erreichen, die sie der Nachwirkung des Inflationselends und der Stabilisierungskrise verdanken. Gegenüber dieser Wahl haben die Kommunisten einen Stimmenverlust von rund 31 000 Stimmen, die Sozialdemokratie einschließlich Alte Sozialdemokratie einen Stimmengewinn von rund 58 000 Stimmen zu verzeichnen. Aber von dieser Verschiebung abgesehen, zeigen die Wahlen am 4. Mai 1924 und 31. Oktober 1924 dasselbe Bild. Sie kennzeichnen die Wellenberge der Wirtschaftskrise, die Punkte tiefster wirtschaftlicher und damit auch sozialer und politischer Depression.

Diese politische Depression wirkt sich in der Verstärkung der Extreme aus. Der kommunistische Erfolg, der Wahlerfolg der Aufwertungspartei und der Nationalsozialisten sind die Zeichen dafür. Eine unpolitische Radikalisierung der Massen hat sich vollzogen.

Gegenüber der großen sozialen Ursache dieser Radikalisierung aber darf man den Blick nicht vor den politischen Ursachen dieses Wahlergebnisses verschließen. Die reaktionären Experimente in Sachsen, die die Schwarze Reichswehr im Jahre 1923 angestellt hat, und die Nachwirkungen dieser Experimente haben zu einer unheilvollen Zersplitterung in der sächsischen Sozialdemokratie, zu einer Stärkung der Extreme in der Arbeiterbewegung geführt. Unsere Partei wird den Fehlern, die in Sachsen begangen worden sind, gründlich nachgehen müssen.

Es gilt aus den Fehlern zu lernen, um so mehr, als die Situation in Sachsen nach der Wahl noch schwieriger liegt als vor der Wahl.

Schwierige Mehrheitsbildung.

Dresden, 1. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahl hat ergeben, daß die Zersplitterung außerordentlich groß ist. Im neuen sächsischen Landtag wird sich eine Regierung nur schwer bilden lassen. Eine sozialistische Mehrheit wäre nur vorhanden, wenn die Sozialdemokratische Partei, die Alte Sozialdemokratie und die Kommunisten sich zur Stützung einer Regierung zusammenfinden. Es dürfte aber ausgeschlossen sein, daß die sogenannte alte Sozialdemokratische Partei bereit ist, eine sozialistische Minderheitsregierung gemeinsam mit den Kommunisten zu stützen. Aber auch die Bildung einer bürgerlichen Regierung wird große Schwierigkeiten haben. Eine Mehrheit für eine solche bürgerliche Regierung wäre nur vorhanden, wenn sämtliche bürgerliche Parteien und die Alte Sozialdemokratische Partei bereit wären, eine derartige bürgerliche Regierung zu stützen, sonst hätte eine solche bürgerliche Partei keine Mehrheit. Es ist nach allem sehr fraglich, ob im neuen sächsischen Landtag eine Mehrheitsbildung und eine Regierungsbildung möglich sein wird. Es kann daher sein, daß der neue Landtag nur eine kurze Lebensdauer hat.

Attentat auf Mussolini.

Mussolini unverletzt. - Der Täter gefasst. - Es war ein Kind.

Ein fünfzehnjähriger Knabe gab in Bologna auf Mussolini einen Revolvererschuß ab. Mussolini blieb unverletzt.

Der Attentäter wurde von Faschisten durch 14 Dolchstiche getötet.

Weitere Nachrichten siehe 2. Seite.

Genosse Robert Dismann

Auf einer Studienreise durch Herzschlag verschieden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erhielt vom Norddeutschen Lloyd folgendes Telegramm:

Erfahren haben durch Kapitän des am 4. November Bremerhaven fälligen Dampfers „Columbus“, daß Reichstagsabgeordneter Robert Dismann an Bord durch Herzschlag verschieden ist. Indem wir diese Trauerkunde übermitteln, bitten wir den Ausdruck unserer aufrichtigsten Anteilnahme entgegenzunehmen. Norddeutscher Lloyd.

Genosse Dismann ist nur 48 Jahre alt geworden. Er wurde am 8. August 1878 in Hülsenbusch bei Gummersbach im Rheinland geboren. Als gelernter Metallarbeiter betätigte er sich schon in jungen Jahren in der Gewerkschaftsbewegung. Vom 1. Mai 1900 bis 30. September 1908 war er Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Barmen-Elberfeld und Frankfurt a. M. Am 1. Oktober 1908 wurde er Parteisekretär der Sozialdemokratischen Partei in Hanau, am 16. November 1912 Bezirkssekretär in Frankfurt a. M. Er gehörte zu den Gründern und Führern der USPD. Seit 1920 war er Mitglied des Reichstags.

Im November 1919 wurde er zum Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes gewählt.

Robert Dismann war eine Kampfnatur, ein unermüdlicher Organisator und Agitator, ein Meister der Kleinarbeit, der aber auch den großen Problemen der gewaltigen Metallarbeiterbewegung gegenüber nicht versagte. Trotz seines Temperaments und seiner Kampfnatur haterdie Bedingungen und Notwendigkeiten der Gewerkschaftsbewegung nie aus dem Auge verloren. Er hat die Partei und seinen Verband mit heiligem Willen und gläubiger Liebe umfaßt. Kostlose Arbeit für die Arbeiterbewegung war sein Lebensinhalt.

Der Tod hat ihn auf der Rückfahrt von einer Studienreise nach Regio ereilt, die er in Begleitung seiner Gattin unternommen hatte.

Der Nachfolger des Genossen Dismann im Reichstage ist Genosse Landesrat Otto Witte aus Wiesbaden.

Der Kurs des Zentrums.

Reichskanzler Dr. Marx vor dem Reichsausschuß des Zentrums.

Reichskanzler Dr. Marx hielt am Sonntag vor dem Reichsausschuß des Zentrums eine Rede, die durch WTB. im Wortlaut wiedergegeben wird. Der Reichskanzler beschloß sich zunächst ausführlich mit der Außenpolitik. Er schilderte den Weg, der nach Locarno und Thoiry führte, und sagte dann weiter:

Der große Vorteil des Tages von Thoiry und der im Anschluß daran erforderlichen Verhandlungen ist der, daß fernerhin nicht mehr die starre Einstellung Frankreichs bezüglich der Befestigung des in Betracht kommenden Gebietes aufrechterhalten werden kann. Es steht nun einmal fest, daß Deutschland die Befreiung des besetzten Gebietes von fremder Besatzung verlangen kann, sobald der richtige finanzielle Weg gefunden wird. Aber gerade diese Regelung bietet so große Schwierigkeiten, daß sie nicht von heute auf morgen zu erledigen sind. Die in Thoiry vorgesehene Mobilisierung der Reichsbahnobligationen steht auf jeden Fall die Mitwirkung Amerikas voraus. Diese ist aber nur zu erreichen, wenn das Schuldenabkommen zwischen Amerika und Frankreich endlich von Frankreich ratifiziert wird. Diese Ratifizierung stößt auf ungemein große Schwierigkeiten in Frankreich selbst. Ehe aber die Ratifizierung nicht erfolgt ist, ist an eine Förderung der Mobilisierungsfrage nicht zu denken.

Die Regierungsfrage.

Der Reichskanzler ging dann auf die Innenpolitik ein. Die Frage der Regierungsbildung im Reich und in Preußen stehe im Vordergrund. „Was die Lage im Reich angeht, so wird von der Sozialdemokratie verlangt werden müssen, daß sie sich endlich klar darüber entscheidet, ob sie lieber parteipolitischen Interessen Rechnung trägt oder eine Politik, die im allgemeinen von ihr als richtig anerkannt wird, dadurch tatkräftig unterstützt, daß sie sich bereit erklärt, auch ihrerseits die Verantwortung durch Beitritt zur Regierung zu übernehmen. Wiederholte und sehr beachtliche Stimmen im sozialdemokratischen Lager geben der Befürchtung Raum, daß in weiten Kreisen der Sozialdemokratischen Partei die Erkenntnis, welche Pflicht in der Zeit des demokratischen Parlamentarismus einer großen, auf dem Boden der Verfassung stehenden Partei obliegt, noch nicht Gemeingut geworden ist. Wenn z. B. der Abgeordnete Sellmann jüngst in einer Verammlung zu Köln ausgeführt hat, daß die Partei „um kleiner Augenblicksverluste willen ihre große Zukunft, die ein weites Stück des künftigen Deutschlands ist, nicht gefährden dürfte“, und ferner, daß „die Stärke der Partei ihr Anhang im Lande sei und bleibe“, so lassen diese Ausführungen nicht allzu große

Hoffnung für die kommenden Dinge zu. Die Zentrumspartei hat ihre Kraft dem notleidenden Volk und Staat zur Verfügung gestellt, obwohl ihre Stärke und ihr Anhang draußen im Lande infolge dessen gemindert zu werden drohte. Solange die Sozialdemokratie auf die Schwäche der Republik und die Bedrohung der Sicherheit hinweist, aber die Uebnahme einer verantwortlichen Tätigkeit bei der Regierung ablehnt, ist von einem siegreichen Durchbringen des wahren Staatsgedankens bei ihr noch nicht die Rede.

Auf der anderen Seite sei die **Deutschnationale Partei** bereit, in die Regierung einzutreten. Aber: Mit der Betonung einiger Redner des Parteitages, daß man sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stelle, daß man als Tatsache anerkenne, daß Deutschland nunmehr dem Völkerbund angehöre, und daß man infolgedessen bereit sei, die Außenpolitik auf dem Boden des Völkerbundes weiterzuführen, wird man sich allein nicht begnügen können. Dafür hat doch das Verhalten der Deutschnationalen Partei in der ganzen Zeit seit 1919 ein allzu großes und nur zu sehr begründetes Mißtrauen bei all den Parteien erweckt, die sich nicht nur formell auf den Boden der neuen Verfassung stellen, sondern auch aus innerer Ueberzeugung entschlossen sind, die durch die Verfassung von Weimar begründete Staatsform weiter auszugestalten und zur nachhaltigen Auswirkung zu bringen, weil nur so das Wiederwühlwischen des deutschen Volkes und seine Wohlfahrt gesichert ist. Wir haben schöne Worte auf dem Parteitag der Deutschnationalen gehört. Die Presse derselben Partei und die Reden einer Anzahl von Abgeordneten derselben Richtung, nach dem Parteitag lassen das bestehende Mißtrauen durchaus als gerechtfertigt erkennen. Die Parteien, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erstrebt und als richtig begrüßt haben, werden eine Politik niemals mitmachen, die in dem Ausdruck einer angelegenen deutschnationalen Zeltung gipfelt: „Wir müssen im Völkerbund als die Stützen erscheinen“.

Das Reich und die Länder.

Nach einem Appell an die Staatsgewinnung jener Kreise, die sich mit der Republik noch nicht abgefunden haben, ging der Reichsanwalt anlässlich des Finanzausgleichs, der bis zum 1. April nicht mehr möglich sein werde, auf das Verhältnis des Zentrums zum Reich und zu den Ländern ein:

„Das Zentrum ist seit je eine föderalistische Partei gewesen. Es hat stets die Rechte der Länder in möglichst weitem Umfang zu schützen unternommen. Die geschichtliche Entwicklung werden, so sehr auch das Nebeneinanderarbeiten der Regierungen der Länder und des Reichs die Erledigung notwendiger politischer Aufgaben erschweren mag. Auf der anderen Seite hat die Verfassung von 1919 nun einmal das Reich in den Vordergrund gestellt, so daß bei widerstreitenden Interessen in erster Linie das Interesse des Reichs zu berücksichtigen und zu schützen ist. Man wird auch nicht leugnen können, daß die politische Entwicklung die Mannigfaltigkeit der Länder innerhalb des Reichs mehr und mehr als schwer erträglich erkennen läßt und unausföhrlich auf allmähliche Verringerung drängt und hinweist. Manche Länder, die noch 1919 ihre Selbstständigkeit betonten, haben sich mit anderen vereinigt. Bei anderen sind die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse derart schwierig geworden, daß die Beibehaltung der Selbstständigkeit in hohem Maße bedroht erscheint. Die Notwendigkeit einer Lösung der überaus schwierigen, aus dieser unverkennbaren Entwicklung sich ergebenden Frage wird immer deutlicher in den Vordergrund treten.“

Das Reichsschulgesetz.

Eine der wichtigsten Fragen, die in diesem Winter erledigt werden, sei das Reichsschulgesetz. Das Zentrum sei sich einig in der Förderung und Vertiefung der konfessionellen Schule. Daneben sind wir bereit, die Grundsätze, die die Weimarer Verfassung für das Schul- und Erziehungswesen anerkannt und garantiert hat, durch Schöpfung gesetzlicher Formen zu verwirklichen, Grundsätze, die von uns stets als höchstbedeutsam und unbestreitbar anerkannt worden sind. Es sind die Grundsätze der Wahrung des Elternrechts und der Gewissensfreiheit. Das Zentrum will in dem kommenden Reichsschulgesetz die Bestimmungen der Artikel 146 und folgende der Verfassung ihrem wahren Sinne nach ausgeführt sehen. Es will all denen, die die Simultan- oder die religionslose Schule als das zu erstrebende Ziel ansehen, das Recht geben, Schulen der von ihnen gewünschten Art einzurichten. Demgegenüber beansprucht die Zentrumspartei — und sie weiß sich damit eins mit dem größten Teil des gesamten christlichen Volkes —, daß der konfessionellen Schule volle Gleichberechtigung, freie Betätigung und Entwicklung eingeräumt wird. Mit einer rechten Mehrheit werde man das Schulgesetz im Reichstag nicht durchbringen können. Eine solche rechte Mehr-

heit existiere nicht. Man sei auf Volkspartei und Demokraten angewiesen.

Zentrum und Reichsbanner.

Der Parteiauschuß des Zentrums beschloß seine Tagung in Erfurt mit der Annahme von zwei Resolutionen zur inneren Politik, die folgenden Wortlaut haben:

1. Die Zentrumspartei braucht nicht erneut zu versichern, daß sie zur Weimarer Verfassung steht und in der deutschen Republik die Staatsform erblickt, auf deren Grundlage allein die Einheit und Unversehrtheit des Deutschen Reiches und der Wiederaufstieg des deutschen Volkes erreicht werden können. Deshalb hält sie sich und ihre Angehörigen für verpflichtet, die deutsche Republik innerlich zu stärken und zu festigen. Das unentbehrliche Fundament der deutschen Republik wie eines jeden Staates ist und bleibt christliche Sitte und Ordnung, gesundes Familienleben, Solidarität in Familie, Stand und Volk und strengste soziale Gerechtigkeit. Dieses in Wahrheit konservative Geistes bedarf auch die deutsche Republik. Diese und keine materialistisch oder individuell eingestellte Republik ist das Ziel der Zentrumspolitik. Die Partei erwartet von allen, denen diese Ideale heilig sind, eifrige Mitarbeit am Aufbau der deutschen Republik in diesem Geiste.

2. Im Zusammenbruch des alten und im Ringen um den neuen Staat und seine Form haben sich politische Kampfbünde gebildet, die den Bestand der Republik bedrohen und ihren Ausbau zu einem wahrhaft deutschen Volksstaat ernstlich stören. Die Sammlung republikanischer Kräfte zur Abwehr und zum Schutze der gegebenen Verfassung entsand als Bewegung gegen diese Kampfbünde. Dadurch ist ein Zustand geschaffen, der für eine ruhige Entwicklung unseres nationalen Volkslebens schwere Gefahren in sich birgt und auf die Dauer nicht erträglich ist. In einem normalen Staatsleben und insbesondere in einem demokratischen Staat ist der Schutze der Verfassung Aufgabe der Staatsautorität selbst. Diesem Zustand muß das Zentrum als Verfassungspartei mit aller Macht zustimmen, und die Gesetzgebung und Verwaltung entsprechend gestalten.

Der Landsberger Prozeß.

Sensationelle Zeugenausagen.

B. S. Landsberg, den 1. November 1926.

Bei Eintritt in die heutige Verhandlung im Fremdenord-Prozeß Schürer und Genossen stellt zunächst Justizrat Hahn den Antrag, den Oberleutnant Bonn, der im Banner-Prozeß bekanntlich zum Tode verurteilt worden ist, als Zeugen zu laden.

Der Zeuge Lücke, der dann vernommen wurde, hatte als Schreiber Notizen über die Aussagen Gröschkes gemacht. Gröschke habe angegeben, daß die Kommunisten Wälschberger im Gemerhof und Gesellschaftshaus in Frankfurt hätten.

Vorl.: Hat Gröschke geschrieben und gelesen, ihn nicht zu schlagen? Zeuge: Er hat geschrien und gesagt, er wolle alles sagen. Vorl.: Was sein Hemd blutig und zerissen? Zeuge (zögernd): Als ich zugegen war, lag er mit einer Decke zugedeckt, sprang allerdings ein paar Mal auf. (Zögernd.)

Ich verabscheue es, hinzusehen.

Landgerichtsrat Salinger: Weshalb verabscheuen Sie das? Zeuge (nach einigem Zögern): Weil mir das unwohl war, weil ich so etwas noch nicht erlebt hatte. Landgerichtsrat Salinger: Hatten Sie nicht den Verdacht, daß einer, der geschlagen wird, nicht die Wahrheit sagt? Der Zeuge zögert, worauf der Vorsitzende bemerkt: Sie hatten nur den Gedanken, Ihre Notizen zu machen und wieder hinauszukommen. Was aus dem armen Menschen wurde, war Ihnen egal!

Unter allgemeiner Spannung wurde hierauf

Major Buchrucker, der Urheber des Kuffner Puffches.

als Zeuge vernommen, nachdem Rechtsanwalt Dr. Sad zuvor beantragte, den Zeugen dem Oberst Bod gegenüber zu stellen. Vorl.: Herr Major, Sie waren im Juni 1923 Leiter der Arbeitskommandos im Wehrkreis III? Zeuge: Ja wohl. Vorl.: Welche Stellung hatte Schulz? Zeuge: Er war mein Adjutant. Vorl.: Ich habe Schulz so verstanden, als ob er das bestritte. Angel: Schulz: Ich war Angestellter des Wehrkreiskommandos III und verantwortlich für die Arbeitskommandos. Ich war gewissermaßen Generalsstabschef im Wehrkreiskommando, aber wohl kein Adjutant. Ich hatte mit Buchrucker in der Landesverteidigung zusammen zu arbeiten, außerdem in den Arbeitskommandos. Vorl.: Wir haben es hier nur mit den

Arbeitskommandos zu tun.“ Zeuge Buchrucker: Was die Stellung des Oberleutnants Schulz betrifft, so ist das richtig, was in der Denkschrift des Reichswehrministers vom 2. März steht.

Vorl.: Von großer Bedeutung ist folgender Punkt: Die Arbeitskommandos waren in ihrer äußeren Form militärisch ausgeführt, aber mit Zivilistenverträgen ange stellt. Sie hatten eine gewisse Disziplin zu halten. Hatten Sie in dieser Beziehung Rücksprache mit Schulz, auch bezüglich der Uebung von Vergehen? Hatten Sie Richtlinien festgelegt oder unterhandelt das einer örtlichen Instanz?

Zeuge: Die Arbeitskommandos unterstanden dem Wehrkreisbefehlshaber, der für alles verantwortlich war. Eine Militärgerichtsbarkeit hatten wir nicht. Es war zwar eine Truppe, wir hatten aber nicht die Mittel, sie in Ordnung zu halten. Das war ja die Schwierigkeit besonders auch hinsichtlich der Auswahl der Leute, die dem örtlichen Befehlshaber unterstanden. Darüber, was die Wehrkreiskommandos hinsichtlich der Uebung von Verfehlungen angeordnet haben, kann ich keine Angaben machen. Vorl.: Zwischen Ihnen und Oberleutnant Schulz sind doch Fälle von Verärgerung erörtert worden, zum Beispiel der Fall Janke und Gädde. Zeuge: Theoretisch war die Sache einfach. Wir waren uns klar darüber, daß Betrügereien vorkommen konnten. Um diese Betrügereien unschädlich zu machen, waren ja die Einrichtungen getroffen, die in der Denkschrift erwähnt sind.

Buchrucker geriet hierbei in große Erregung, in der er plötzlich sensaf'onell wirkende Ausagen

macht. Mit lauter Stimme gab er folgendes an:

„Aus diesem Grunde legten die Arbeitskommandos ja unter der Flagge, daß sie Waffen zu sammeln und zu zerlören hatten. Ihr Zweck war ein ganz anderer, das kann ich hier sagen, zunächst einmal als Zeuge, vielleicht brauche ich es selbst nicht zu sagen, sondern ein anderer Zeuge, der Reichswehrminister. (Große Bewegung im ganzen Saal.)“

Dieser Zeuge scheint mir von ungeheurer größerer Bedeutung, als ich. Ich habe hier einen Bericht eines Rechtsanwalts W o l l aus Stuttgart über eine Unterredung, die er am 13. August 1926 mit dem Reichswehrminister hatte. (Buchrucker schwingt in jeder Hand erregt ein Schriftstück.) Hier, meine Herren, habe ich den Reichswehrminister vom 13. August 1926 und hier den Reichswehrminister vom 2. März 1926. Es handelt sich um eine Ehrensache, in der Admiral v. Schröder schon im Juli 1926 eine Unterredung mit dem Reichswehrminister hatte. Der Minister war also präpariert. In dem Bericht des Herrn Dr. Woll finden sich etwa folgende Worte: . . . Vorl. (unterbrechend): Die Verlesung dieses Berichtes ist nicht zulässig; alles, was Sie hier sagen, Herr Major, kommt etwas spät.

Zeuge (überreicht das betreffende Schriftstück): Ich gebe dem Bericht zunächst davon Kenntnis, daß ich hier eine notariell beglaubigte Abschrift des Berichtes von Dr. Woll in Händen habe.

Vorl.: Wir werden Herrn Dr. Woll wohl als Zeugen laden müssen.

Die Verhandlung geht weiter.

Deutschösterreichischer Parteitag.

Begrüßungsrede Adolf Brauns.

In Anz ist der Kongreß unserer deutschösterreichischen Bruderpartei unter dem Vorstz von Karl Selz zusammengetreten. Seiz wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß die Beratung und Beschlußfassung über das neue Parteiprogramm den Hauptgegenstand der Verhandlungen bilde. Im Namen der reichsdeutschen Sozialdemokratie begrüßte Genosse Dr. Adolf Braun den Parteitag. Bei Besprechung der innerpolitischen Fragen in Deutschland hob der Redner hervor, in 14 Tagen werde es sich entscheiden, ob in Deutschland die Sozialdemokratie in eine Koalitionsregierung eintreten werde. Für das Internationale Sozialistische Bureau sprach Friedrich Adler. Nach weiteren Begrüßungsansprachen und den Berichten referierte Genosse Dr. Otto Bauer über das neue Parteiprogramm. Er führte u. a. aus: Die Eroberung der politischen Macht wird die Aufgabe dieser Generation der Arbeiterklasse sein. Wir wollen mit demokratischen Mitteln die Herrschaft erobern und diese nicht mit einer neuen Klassenherrschaft begründen. Nur wenn die Bourgeoisie die Demokratie bedroht, dann hat das Proletariat keine Wahl mehr als die, die Staatsgewalt durch den Bürgerkrieg zu erobern und dies bedeutet dann Diktatur.

Das Koppelschloß.

Von Hans Bauer.

Es gibt Dinge, die viel zu schön sind, als daß sie nicht wahr sein dürften. Der, im Landsberger Fremdenordprozeß als Zeuge vernommene, Bäder Heller hatte in der Voruntersuchung angegeben, daß Gröschke vor seiner Ermordung in der Arrestzelle derart mit einem Koppelschloß gefesselt worden sei, daß dessen Signet „Gott mit uns!“ sich ihm ins Fleisch eingegraben habe.

Ein medizinischer Sachverständiger hat die Möglichkeit solcher Zeichenübertragung verneint, und auch Heller selbst hat keine Aussage dahin eingeschränkt, daß er den Vorgang nicht selbst beobachtet habe, sondern daß nur auf den Stuben davon erzählt worden wäre . . .

Was nützt dieses Dementi! Hier haben wir einmal einen jener Fälle vor uns, wo der Phantast, der sich etwas zusammengereimt hat, wohl im Gerichtsfoal vom verdächtigten Sachverständigen auf wissenschaftliche Weise widerlegt werden kann, wo aber, in einem höheren Sinne, doch er allein die Wahrheit sagt. Schon möglich: der Eindruck, den das Koppelschloß in dem zerstreuten Körper des auf mittelalterliche Art gefesselten Gröschkes hinterließ, war nicht so stark, daß die Inschrift sich, dem unbewaffneten Auge erkennbar, abdrückte. Aber das liegt dann nur an unserem Auge, das letzten Endes ein robes Instrument ist. Unser Herz sieht feiner. Trotz Sachverständigenurteilen kann es heute noch feststellen, daß die Wahrheit bei dem Ontachter, die Wahrhaftigkeit aber bei dem Phantasten war.

Und wie unser Herz recht genau auf das „Gott mit uns!“ der schweißenerfetzten Haut des Bemarterten schaut, die er nicht für sein Vaterland, sondern für Hölletracht zu Marke trug, da verlebendigt es sich und wird zum grauenhaften Anschauungsmaterial. Da, auf dem Koppelschloß jener Landstreckstrukturen und ihrer Zeltungen und Geldheder, da steht es fein sauber geschrieben, das Bekenntnis zu dem Allmächtigen. Sie tragen es auf dem Bauch geschnitten, damit jeder es sehe und erfahre, mit wem er es zu tun habe; mit honorigen Leuten, die noch an Ideale glauben, mit wackeren Biedermännern, deren Segenspruch auf dem Leibe Zeugnis von der Religion ablegt, die sie in ihm haben. Kommt ihnen aber dann einmal einer in die Finger, der ihnen den Verdacht abnötigt, daß er mit ihrem über dem Bauchspeck gegärteten Gott nicht so ganz übereinstimmt, o, dann danken sie nicht daran, die Einprägbarkeit ihres Mottos durch ein eigenes Opfer zu bezeugen, sondern sie suchen sich eines aus und erweisen jene Einprägbarkeit auf dessen Fleisch. Der Gott, der Geist ist, ist auf den Leib Gröschkes gewandert. Die Dämonenmerkmale, die Eisenklammern haben kein anonymer Artikel sein sollen: sie erhielten ihr Signum und das kostete „Gott mit uns!“ Alle Verlogenheit und Schamerei des religiösen Lippenbekenntnisses, aller Phrosenschwall einer abgrundtiefen Scheinmoral haben Gestalt bekommen und eine für ewige Zeiten gültige

Illustration erfahren durch das Koppelschloß, das zum Schinderwerkzeug wurde. Der Glaubenssatz, dessen Sinn alles Leben dem höchsten anbelehrt, war, als Substanz, mit am Werke, eines dieser Leben aufs vielfachste zu zerfchlagen und bekundete darin seinen wahren Sinn.

Der Vorsitzende im Fremdenordprozeß glaubte, daß die tiefere Bedeutung der auf dem blutigen und zerfchundenen Hintergrund sichtbar gewordenen Inschrift nur in der millimetermäßigen Rechmeßbarkeit dieser „Tiefe“ beruhen könne und daß nur sie „Stimmung machen könne“. Da irrt er aber nun; denn wenn der Gutachter auch auslogte, daß das fromme Sehgebilde sich aus biologischen Gründen nicht auf dem gepinigten Körper eingedrückt haben könne, so hat es dies doch auf jenem getan, der die Frage unserer Zeit trägt.

Die Kalenderreform des Völkerbundes.

Die Sonderkommission, die zur Untersuchung der Kalenderreform 1924 vom Völkerbund eingesetzt wurde, hat jetzt ihren offiziellen Bericht veröffentlicht. Die Kommission, in der sich hervorragende Astronomen und Vertreter der wichtigsten religiösen Bekenntnisse befanden, hatte ein gewaltiges Material zu prüfen. Aus 33 Ländern waren 185 Vorschläge eingegangen. Die Kommission hat ihrerseits Fragebogen an die 50 Staaten gesandt, die damals Mitglieder des Völkerbundes waren, und ebenso an religiöse Obergkeiten und Handelsorganisationen in der ganzen Welt. Als der unbestreitbare Hauptfehler des gegenwärtig geltenden gregorianischen Kalenders wird die Ungleichheit seiner Monate, Vierteljahre und Halbjahre und die fehlende Festlegung der einzelnen Daten bezeichnet. Dadurch wird Verwirrung und Unklarheit in den wirtschaftlichen, statistischen und rechnerischen Verhältnissen geschaffen. Da der gegenwärtige Kalender von Jahr zu Jahr wechselt, so müssen die Daten der Feiertage, Festlichkeiten, Märkte usw. immer von neuem bestimmt werden. Außerdem ist auch keine statistische Vergleichung zwischen den einzelnen Jahren oder zwischen den Unterabteilungen eines Jahres möglich.

Die Kommission hat nun drei verschiedene Reformpläne ausgearbeitet, die als einfache, teilweise und vollständige Reform bezeichnet werden. Bei der einfachen Reform besteht jedes der ersten drei Vierteljahre aus 91 Tagen oder aus 3 Monaten von 30, 30 und 31 Tagen. Der übrige Teil des Jahres, 365. Tag des Jahres wird dem 4. Vierteljahr hinzugefügt, das dann aus 3 Monaten von 30, 31 und 31 Tagen besteht. Am Schaltjahr hat der letzte Monat 32 Tage. Die vierteljährlichen Berechnungen werden dadurch erleichtert, und man kann besser den Wochentag herausfinden, auf den ein bestimmtes Datum fällt. Diese Reform ist die am wenigsten einschneidende, bietet aber auch die geringsten Vorteile. Bei der teilweisen Reform wird das Jahr in vier gleiche Viertel von 91 Tagen eingeteilt, von denen jedes Viertel 30, 30 und 31 Tage hat. Der 365. Tag wird außerhalb der Woche gezählt; er kann Neujahrstag heißen und dem 1. Januar vorausgehen; der Schaltjahrtag würde vor dem 1. Juli eingeschoben. Dann sind alle Viertel und alle Halbjahre gleich, und jeder Monat kann dieselbe Zahl von Tagen enthalten; aber andererseits sind die Monate nicht gleich und enthalten nicht eine vollständige Zahl von Wochen. Daten

fallen also nicht auf denselben Wochentag in jedem Monat, und Vergleiche werden noch schwieriger als bei dem ersten Vorschlag.

Die vollständige Reform sieht 13 Monate von 28 Tagen oder von je 4 Wochen vor; es sind im ganzen 52 Wochen oder 364 Tage. Der 365. Tag wird außerhalb der Wochenabteilung hinzugefügt. Bei einem solchen Kalender fallen die Wochentage in jedem Monat auf dieselben Daten. Wenn der 1. Januar ein Sonntag ist, ist der erste Montagstag in jedem Jahr ein Sonntag. Alle Monate sind gleich und haben dieselbe Zahl von Wochen, Arbeitstagen und Sonntagen, so daß Gehälter leicht berechnet werden können. Andererseits aber ist die Zahl 13 nicht teilbar, die Vierteljahre enthalten nicht eine gleiche Zahl von Monaten, und in den zahlreichen Sitten und Bräuchen des alten Jahres ist eine sehr bedeutende Veränderung notwendig. Nach dem Urteil der Kommission ist dieses Dreizehn-Monate-System für die Statistik und die Wirtschaft am nützlichsten, das Zwölf-Monate-System aber leichter durchführbar. Die Regierungen begünstigen daher das Zwölf-Monate-System, während zahlreiche Handelsgesellschaften und Eisenbahnunternehmungen für das Dreizehn-Monate-System sind. Eine bestimmte Reform wird nicht empfohlen, sondern es soll erst einmal auf dieser Grundlage die öffentliche Meinung für die Reform gewonnen werden.

In einem zweiten Teil des Berichtes beschäftigt sich die Kommission mit der Festlegung des Osterdatums. Die meisten Antworten waren für die Wahl des zweiten Sonntags im April. Da aber die Möglichkeit besteht, daß dann das katholische Fest von Maria Verkündigung mit dem Passionssonntag zusammenfällt, so wird die Festlegung von Ostern auf den Sonntag empfohlen, der dem 2. Sonnabend im April folgt.

Das Bauhaus Dessau als Hochschule. Wie eine Korrespondenz erfährt, hat das Bauhaus Dessau nunmehr die staatliche Anerkennung als Hochschule gefunden. Nach den von der anhaltischen Regierung genehmigten Satzungen wird es in Zukunft die Bezeichnung führen: „Bauhaus Dessau, Hochschule für Gestaltung.“ Die Einweihung des Bauhauses findet am 4. Dezember statt.

Geis Kießer wird im 2. Konzert der Volkshäuser am Sonntag mit tags 7,12 Uhr im Theater am Büchelweg mit der Kapelle der Staatsoper Berlin am 1. und 11. Symphonie aufführen.

Im Wrenschhofischen Verein spricht Willmoth, 8 Uhr. Georgine, 31/36 Dr. A. Willmoth Hauser über „Metall-Eintrittsfall und ihre Bedeutung für unsere Kenntnis der Metallurgie“ (mit Abbildungen und Demonstrationen). Karten am Einleitgang.

Leo Kellenberg hält Willmoth, abends 8 1/2 Uhr, im Dommen-Saal, Worms; Str. 11, einen Vortrag über Franz Liszt.

Der Sonderkünstler Hoodini, der in der ganzen Welt Aufsehen durch seine Geschicklichkeit erregte, ist in D e i t z (Ber. Station) gelandet.

Archäologische Funde in Ungarn. In der Gegend der Stadt Szeged ist der Direktor des staatlichen Museums bei Ausgrabungen auf einen weitläufigen Fund gestoßen. Der Fund enthält 92 goldene Schmuckstücke, darunter reichverzierte Kleider, Spangen usw. sowie grobes Messing Goldplatten, die sämtlich aus dem fünften oder sechsten Jahrhundert datieren dürften. Man nimmt an, daß die Beleggegenstände aus dem Saal eines Fürsten der Gepiden stammten und daß sie dort vor dem mit den Gepiden im Kampfe liegenden Karant deponiert worden sind.

